

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 3 Uhr.
Bezugspreis wird monatlich festgelegt.
Bestellungen nehmen alle Postämter und die Zeitungsverleger, die Zeitungsboten und die Geschäftsführer Zergewerke, 3 entgegen.
In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bezw. Rückzahlung des Bezugspreises.
Fernsprech-Anschluß Nr. 224.

Amtliches
Publikations-Organ



für Amts- und
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1 Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außer halb Wohnende 7 Goldpfennig, für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpfennig, für Rechtmetall 30 Goldpfennig, einschließl. Umrahmung. Schwere und tabellarischer Satz mit Anschlag.
Anzeigen Annaburg bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 8 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher ebreten.
Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbezugsalle.

Nr. 33

Dienstag, den 18. März 1930.

33. Jahrg.

Sindenburg und das Polenabkommen

Vorträge beim Reichspräsidenten.

Neue interfraktionelle Besprechungen.
Reichspräsident von Hindenburg hat bekanntlich die Gesetze des „Neuen Planes“ ausgereicht, sich aber die Entscheidung über das deutsch-polnische Liquidationsabkommen vorbehalten und sie von dem Ausfall der Nachprüfung abhängig gemacht, ob das Abkommen verfassungsgemäß ist und demnach zu seinem Zustandekommen einer Zweidrittelmehrheit des Reichstages bedürft hätte. Der Reichspräsident nahm dementsprechend Vorträge entgegen des Reichsanwalts Hermann Müller und des Reichsjustizministers von Guérard über die mit dem deutsch-polnischen Liquidationsabkommen in Zusammenhang stehenden Rechtsfragen. An der Besprechung nahmen ferner teil die Staatssekretäre Dr. Joel, Zwißler und Dr. Weigert sowie der Direktor der Rechtsabteilung des Ministeriums des Innern, Dr. Gans. Eine Entscheidung über die Vertilgung des Gesetzes hat der Reichspräsident noch nicht getroffen.
Die interfraktionellen Besprechungen im Reichstag wurden fortgesetzt. Im Vordergrund standen die Verhandlungen über

die Agrarfragen, mit denen sich zunächst die Fraktionen beschäftigten. Auch die Besprechungen über

die Finanzreform wurden fortgesetzt. Diese Besprechungen haben allerdings im Augenblick mehr formale Bedeutung. In ihr entscheidendes Stadium werden sie Anfang nächster Woche eintreten, wenn der Parteitag der Deutschen Volkspartei vorüber ist und damit die politischen Grundlagen für die weiteren Verhandlungen geschaffen sind. Die vom Reichsrat verabschiedeten

Finanzvorlagen des Kabinetts sind dem Reichstag zugegangen, der sie noch in dieser Woche zur ersten Beratung stellen und dem Sicherungsschuss überweisen will. Der Reichstag tagt bekanntlich in dieser Woche nur bis zum Donnerstag, da am Freitag und Sonnabend der Parteitag der Deutschen Volkspartei in Rammstein stattfindet.
Gegenstand der interfraktionellen Verhandlung war auch

die Arbeitslosenversicherung; die Volkspartei vertritt den Standpunkt, daß der Beitrag von 2½ Prozent nicht überhöht werden dürfe und der Rest des Bedarfs durch innere Reformen der Versicherung gedeckt werden müsse. Die Sozialdemokraten hielten sich gegenüber diesen Vorschlägen sehr zurück.

Deutscher Reichstag.

(143. Sitzung.) CB. Berlin, 15. März.
Die dritte Beratung des Republikstiftungsgesetzes steht auf der Tagesordnung.
Abg. Giesche (Komm.) erklärt, es bestehe kein Unterschied zwischen Sozialistengesetz und Republikstiftungsgesetz. Statt von Bismarck und Bülowen werde dieses Staatsgesetz nun von Müller und Eberling vorgelegt.
Abg. Dr. Everling (Dm.) wirft der Linken vor, daß sie aus Furcht gegen eine Vergangenheit handle, die größer war als die Gegenwart. Bei den anderen Parteien sei Konfliktlos gebundenheit und Wandel an Entschluß für ihre Haltung maßgebend.
Abg. Ehrig (Nat.-Soz.) bekämpft das Gesetz. Das seine Partei habe und bekämpfe, seien die Auswüchse des letzten Systems.
Abg. Eisler (Komm.) gibt für seine Fraktion eine Erklärung ab, wonach die kommunistische Partei diesem Ausnahmengesetz zum Trotz die Deutsche Sowjetrepublik erkämpfen werde.
Damit schließt die Aussprache. — Die Abstimungen finden am Dienstag statt.
Die Novelle zum Schenkgesetz und zum Wechselgesetz, deren Zweck es vor allem ist, der mißbräuchlichen Vordatierung von Schecks entgegenzutreten, wird in zweiter und dritter Beratung angenommen, ebenso der Gesetzentwurf über die Pflicht zum Antrag auf Eröffnung des Konkurses oder des gerichtlichen Vergleichsverfahrens.
Das Haus vertagt sich auf Montag.

Die Landarbeiterwohnungen.

Deutscher Reichstag.
(144. Sitzung.) CB. Berlin, 17. März.
Ohne Aussprache wird in dritter Lesung das Ministerienpflichtengesetz angenommen.
Die Äußerungen, die einen Minister gebührt werden soll, wenn er bei Ausübung seines Amtes eine Gefährdungsschädigung erlitten hat, wird auf Antrag der Regierungsparteien auf 20 Prozent der Ministerbesoldung festgelegt. Wegen besondere Verhältnisse vor, kann die Äußerung auf 35 Prozent erhöht werden. Der Reichstag soll ausgereicht sein. Weiter entscheidet der Reichspräsident auf Vorschlag der Regierung, ob die Äußerung zu gewähren ist und inwiefern eine Erhöhung notwendig ist. Eine Entscheidung des Auswärtigen verlangt, daß zurückgetretene Minister, die aus der Benennungsaussicht hervorgegangen sind, nach Möglichkeit wieder in getrennte Reichsbeamtenstellen gebracht werden sollen. Diese Entscheidung wird angenommen. Die Schlussabstimmung über das Ministerienpflichtgesetz findet Dienstag statt.
Der Gesetzentwurf über die Gewährung von Zins- und Tilgungszuschüssen des Reiches für die Anstellung von Landarbeitern kommt dann zur zweiten und dritten Beratung. Der Vorlage wurde vom Ausschuss zugestimmt. Der Ausschuss schlägt weiter vor, die Tilgungszuschüsse für Darlehen für Landarbeiterwohnungen allgemein auf 30 Jahre festzusetzen. Der Landarbeiterwohnungsplan soll nach allen Kräften gefördert werden.
Abg. Jäger (Soz.) sagt, bei der Landarbeitererhebung seien zahlreiche Mißstände vorhanden, denn die Arbeiter sind nicht

in der Lage, die mit den Eigenheimen übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen.
Abg. Riß (Komm.) Der Landarbeiter wird den Bedingungen unterworfen, mit der jetzigen Landarbeiterversicherung an die Scholle geteilt zu werden.
Abg. Behrens (Christlich-Sozial-Partei). Die Zustände bei den meisten Bauernhöfen, besonders in der Landwirtschaft der Provinzen, sind unerträglich.
Abg. Freyher von Richthofen (Dm.) befreit, daß die meisten Landarbeiterwohnungen schlecht seien. Jeder Stand müsse in der Wohnungssache seine Pflicht zu erfüllen wie die Landwirtschaft. Dann würde es besser aussehen.
Abg. Schmidt-Schäfers (Soz.) Aufserordentlich zahlreiche Prozesse stehen in der Landwirtschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, 900 von 1000 dieser Prozesse werden zugunsten der Arbeitnehmer entschieden. Daraus kann man leicht ersehen, wo das Recht liegt.
In der zweiten und dritten Lesung wird die Regelung angenommen, ferner die Entschädigung, nach der die Tilgungszuschüsse für die Darlehen bei Landarbeitereigenheimen allgemein auf 30 Jahre festgelegt wird.
Der Gesetzentwurf zum
Ausgaben der Angelegenheitenversicherung, der eine Stärkung der Selbstverwaltung und Verbesserung der Leistungen für die Innehalter bringen soll, wird dem Ausschuss überwiesen. Das Haus vertagt sich auf Dienstag.

Unterrichtspragen im Preussischen Landtag.

(143. Sitzung.) u. Berlin, 15. März.
Auf der Tagesordnung stand zunächst der kommunizistische Mißtrauensantrag gegen den Volksbildungsminister Virchow, der mit Mißständen in der Pforterziehung begründet ist.
Abg. Deter (Komm.) begründete den Antrag. Er verlangte die Verhinderung des Volksbildungsministers.
In der Verhandlung des kommunizistischen Mißtrauensantrages verlangte Abg. Frau Wachenheim (Soz.) grundlegende Änderung der Pforterziehung und Entlassung des Direktors Straube von der Pforterziehungsanstalt in Chemnitz.
Frau Abg. West (Dm.) betonte, die Kommunisten ließen sich bei ihrer Kritik lediglich von parteipolitischen Gesichtspunkten leiten.
Die Abstimmung über den Mißtrauensantrag wurde auf den 19. März festgelegt.

Über gewerbliches Unterrichtswesen
beriet der Landtag beim Hauptsaal der Handels- und Gewerbeverordnungen.
Handelsminister Dr. Schreiber legte dar, wie er durch seine Reformvorschlüge zur Ausbildung der Gewerbelehre erreichen wolle, daß die Praktiker, sowohl tüchtige Facharbeiter wie auch Meister, die Möglichkeit erhalten, Gewerbelehrer zu werden, ohne daß sie das Abiturium oder die Ausbildung als Volksschullehrer bereits hinter sich haben.
Frau Hanna (Soz.) begrüßte die Reform der Gewerbelehre, die eine Brücke in das bisherige Bildungswesen schlage.
Abg. Dr. Behring (Dm.) war der Ansicht, daß man den Einfluß der weiblichen Lehrkräfte in den Berufsschulen noch nicht genügend berücksichtige.

Kleine Zeitung für eilige Leser

* Reichspräsident von Hindenburg nahm wegen der Unterzeichnung des Polenvertrages den Vortrag der zuständigen Minister und Staatssekretäre entgegen.
* Zwischen den Regierungsparteien sind neue Finanzverhandlungen begonnen worden.
* Der französische Ministerpräsident Lardieu hatte eine Aussprache mit Macdonald, um das drohende Scheitern der Antontoren zu vermeiden.
* Die Sowjetregierung hat sich an die Deutsche Reichsbahn gewandt zwecks Überlassung von höheren und mittleren Eisenbahnbeamten zum Ausbau des russischen Eisenbahnnetzes.

Gewerbliches Unterrichtswesen.

Preussischer Landtag.
(144. Sitzung.) u. Berlin, 17. März.
Bei Eröffnung der Landtagssitzung gedachte Präsident Virchow, während sich die Abgeordneten von ihren Plätzen erhoben, des plötzlich erfolgten Ablebens des demokratischen Abg. Dittl-Charlottenburg.
Nach beabsichtigter Ausschüßüberweisung von Zentrumsanträgen zur Förderung des Frägenmüsse- und Obbauwesens sowie der Geflügelzucht wurde die Aussprache zum Handelsset beim Abjunkt
„Gewerbliches Unterrichtswesen“ fortgesetzt.
Abg. Zundus (Dm.) lehnte die Reform der Gewerbelehre ab, weil sie nichts als die Erfüllung besonderer Wünsche der Industrie bringe.
Abg. Heidenreich (D. Vp.) betonte, wir brauchen berufliche Mitarbeiter an der deutschen Wirtschaft, die aus dem Qualitätsarbeiterstande heraussteigen. Ihnen müsse neben praktischer Ausbildung auch die nötige betriebswirtschaftliche Kenntnis übermittelbar werden.
Abg. Kohn (Christlich-Sozial-Partei) warnte vor einer Überabstimmung. Die Voraussetzung für die Zulassung als Gewerbelehrer müsse vor allem eine langjährige praktische Tätigkeit in Gewerbebetrieben sein.
Minister Dr. Schreiber betonte gegenüber einer Bemerkung des Abg. Kohn (Christlich-Sozial-Partei), er habe es für unzulässig, daß Fraktionsführer sich einseitig politisch festlegen.
Abg. Knick (Dm.) verlangte die Herabsetzung eines tüchtigen gewerblichen Sachverständigen. Die vom Minister beschlossene Reform sei zu begrüßen.
In den Kreisen des Handwerks verfolgt man mit großem Interesse die Reformbestrebungen in der Gewerbelehre. Die Basis der Reform müsse nicht die Zahl der Schüler und nicht anders.
Min. Dr. Schreiber äußerte sich dahin, daß es außerordentlich bedauerlich sei, daß rund 750 000 Schüler bisher von den Berufsschulen nicht erfaßt worden. Es handle sich da hauptsächlich um Schüler im Lande, die nur auf dem Wege über die Kreise erfaßt werden könnten. Man könne den Kreisen und Landräten nur dankbar sein, daß sie immerhin hunderttausend Arbeitsverhältnisse erschaffen haben. Im Zusammenhang mit dem geplanten Reform der Gewerbelehre sollten auch Fachschulen für die Gewerbe geschaffen werden, die jetzt noch keine Schule hätten vor allem das Nahrungs- und das Bekleidungsgebiet.

Hindenburg an die Studenten.

Wahrung zur pflichttreuen Arbeit.
Namens einer Reihe akademischer Verbände und Jugendvereinigungen hatte unlängst der KfV-Bundesverband der Vereine Deutscher Studenten an den Reichspräsidenten ein Schreiben gerichtet, in dem diese Jugendorganisationen namens der Toten von Langemarck an den Reichspräsidenten die Bitte richteten, dem Young-Plan und dem Polenvertrage die Unterschrift zu verweigern. Auf dieses Schreiben hat der Reichspräsident die folgende Antwort erteilt:
„Sehr geehrte Herren! Von Ihnen, zugleich im Namen anderer studentischer und Jugendverbände, an mich gerichteten Schreiben vom 18. Februar dieses Jahres habe ich mit Interesse Kenntnis genommen. Ich hoffe, daß die inzwischen von der Reichsregierung am Reichstag gegebenen Aufklärungen über den Young-Plan und seine einzelnen Bestimmungen bei Ihnen eine sachliche Würdigung gefunden und manche Irrtümlichkeiten in Ihrem Schreiben vom 18. Februar dieses Jahres beseitigt haben. Im übrigen verweise ich auf meine öffentliche Kundgebung, in der ich die Gründe für meine Entscheidung kurz angedeutet habe.
Ihnen aber, die Sie als Vertreter einer Anzahl deutscher Jugendverbände sich in Ihrem Schreiben an die Toten von Langemarck berufen, glaube ich in Ergänzung dieser meine Verlautbarung noch besonders sagen zu müssen, daß gerade die Erinnerung an die opferwillig für das Vaterland gefallenen jungen Freiwilligen der neuen Generation die Pflicht auferlegt, auch

selbst Opfer dafür zu bringen, daß deutsches Gebiet frei wird und daß Deutschland durch pflichttreue Arbeit und einigenden Zusammenhalt seiner Bürger wieder hochkommt. Darin sehe ich für meine Person die Wahrung, die die Toten von Langenard für die deutsche Jugend bedeuten.

Ich darf Sie bitten, den anderen Verbänden, die die Eingabe mitunterzeichnet haben, dieses Schreiben zur Kenntnis zu bringen. Mit freundlichen Grüßen! gez. von Hinderburg.*

Die erfolglose Flottenkonferenz.

Keine Einigung.

Trotz aller fruchtbarsten Bemühungen, einen offenen Zusammenbruch der mit so vielen schönen Worten eröffneten Londoner Besprechungen zur Flottenabklärung zu vermeiden, läßt sich die fast absolute Erfolglosigkeit der Konferenz kaum mehr verdecken. Am Sonntag besuchte der französische Ministerpräsident Laval die englischen Premier Chamberlain auf dessen Wochenendaufenthaltsort Chequers. Beide unterhielten sich eingehend über die Lage, ohne daß es zu einem wesentlichen Fortschritt gekommen wäre. Baldige Ende oder vorzeitiger Verbruch der Konferenz sollen unter allen Umständen vermieden werden. Zu einem definitiven Beschluß scheint man jedoch nicht kommen zu können.

Die Spannung zwischen Italien und Frankreich besteht weiter, Paris will nicht ein Züpfeld von seinen maßlosen Sicherheitsforderungen preisgeben, die Vereinigten Staaten verlieren demgegenüber schließlich jedes Interesse — alles in allem wenig Aussicht, daß noch etwas Ersprießliches aus der unternehmenen Aktion herauszuholen wäre.

Parteien und Finanzprogramm.

Fortsetzung der internationalen Besprechungen.

Die internationalen Besprechungen über die Finanzpläne haben zu keinem Ergebnis geführt. Man hat sich bis jetzt in der Hauptsache nur über Sanierung der Arbeitslosenversicherung und über die Frage der Steuererleichterungen für 1931 unterhalten. Die Besprechungen werden fortgesetzt. Zugleich tritt am Sonntagabend der Reichsrat zusammen, um das Finanzprogramm der Regierung zu beraten, das bereits in den ersten Tagen der kommenden Woche dem Reichstag vorgelegt werden soll.

Einberufung des Reichsausschusses des Zentrums.

Der Reichsausschuss des Zentrums wird voraussichtlich für den 5. und 6. April nach Berlin einberufen werden. Wahrscheinlich wird im Anschluß hieran ein Parteitag des preussischen Zentrums stattfinden, auf dem der Fraktionsvorsitzende Dr. Heß über die politische Lage sprechen wird.

Aufruf der nationalen Jugendverbände.

Die deutschen Jugendverbände und studentischen Organisationen, u. a. Freieschüler, Nationalsozialistische Schülergruppe, Deutscher Hochschüler, Deutsche Studentenvereine, werden zum 1. April, der Tag der Weiblichkeit der Reichsregierung und des Reichstages angehöriger sowie den fremden Vorkämpfern und Geandten zugegangen ist, an die Öffentlichkeit. Die deutsche Jugend, so heißt es u. a., warnt das neutrale Ausland darauf, deutsche Tribunschaft zu erwerben, denn über kurz oder lang werde hierfür ein Zahlungswille nicht mehr vorhanden sein.

Wandlungen im russischen Wirtschaftsleben.

Erweiterung der Kollektivwirtschaft verboten.

In Sowjet-Rußland wurde durch Erlass der Zentralbehörde jegliche Erweiterung der schon bestehenden Kollektivwirtschaft verboten. Insbesondere soll die individuelle Bauerwirtschaft unangefastet bleiben. Gleichzeitig wird unterlagt, auf den privaten Bauergrütern Saatgut aufzutreiben und die Kollektivwirtschaften zu überweisen. Weiter soll die Schließung von Betrieben sofort eingestellt werden. Die Wirtschafte der letzten Zeit an dem Gebiet der Kollektivwirtschaft zwingen jedenfalls zu diesem Abweichen von dem bisher streng eingehaltenen Prinzip.

Primo de Riveras Tod.

Bestattung mit höchsten Ehren.

Die Nachricht vom Tode Primo de Riveras rief in ganz Spanien außerordentliches Aufsehen aus. Auch die größten politischen Gegner des Generals erkannten die Tragik dieses Kämpferschicksals an. Der König erteilte auf Vorschlag der Regierung ein Dekret, nach dem dem toten Diktator die höchsten militärischen Ehren zuerkannt werden. Die ehemaligen Minister der Diktatur haben sich zum größten Teil nach Paris begeben, die übrigen erlotzen ihren toten Führer an der Grenze. Ertragreiche bringen Tausende von Mitgliedern der Union Patriotica nach Paris, wo die Leiche Primos am Dienstag erwartet wird. Die Bestattung erfolgt voraussichtlich in der Geburtsstadt des Generals, in Ferrol. Ministerpräsident General Berenguer hat der Patriotenliga die Erlaubnis erteilt, die Leiche des Generals Primo de Riveras in einem Conterguge nach Spanien zu bringen. Die Leiche ist in Paris einbalsamiert worden.

Der Lebenslauf des Diktators.

Primo de Riveras war 1871 als Sohn des Marschalls Primo de Riveras geboren. Am Alter von 30 Jahren war er schon General. Von 1917 bis 1921 war er Senator und vertrat damals den Standpunkt der Aufgabe Marcos. Er war zuletzt Generalstatthalter in Barcelona, als er Mitte September 1923 an die Spitze der Militärdiktatur trat. Anfang Dezember 1923 bildete Primo das nur aus Generalen bestehende Direktorium in ein Stabkennet, in dem er selbst den Vorsitz führte. Im Jahre 1926 kam es zu einer Krise der Diktatur, da das Offizierskorps der Artillerie in Segovia zu ihm trat. Primo blieb jedoch Herr der Lage, da die übrigen Teile der Armee ihm treu blieben. Im Frühjahr 1928 ließ er sich zum

ersten Male, Primo sei am 1. März. Nachdem im September 1928 eine neue Militärdiktatur eingeleitet wurde, kam es Anfang Februar 1929 in mehreren spanischen Städten zu einer neuen Revolte, die diesmal von der alten Konterpartei unter Führung von Sanchez Guerra ausging. Der Aufstand wurde niedergeschlagen. Nachdem Primo mit seinem Rücktritt gebrocht hatte, gab ihm der König neuerliche die Militärkommando von Segovia aufgesetzt. Nach wiederholten Rücktrittsbewilligungen erfolgte der endgültige Rücktritt Primos zu Anfang dieses Jahres, worauf am 30. Januar die endgültige Zusammensetzung des neuen spanischen Kabinetts erfolgte. Damit war die siebenjährige Herrschaft des Diktators erledigt und man begann die noch im Gang befindlichen Vorkehrungen zur Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Verwaltung des Landes.

Primos letzte Stunden.

General Primo de Riveras mußte seit etwa einer Woche in einem Pariser Hotel das Zimmer halten. Da sich in den letzten Tagen eine Besserung seines Befindens zeigte, wollte er jetzt Paris verlassen, um in einem Sanatorium in Frankfurt a. M. eine Kur zur Heilung seiner Zuckerkrankheit durchzuführen. Am Sonntag früh war er wie gewöhnlich aufgestanden. Als seine beiden Töchter aus der Weise zurückkehrten, fanden sie ihren Vater, den sie lebend verlassen hatten, leblos auf seinem Bett liegend. Der herbeigerufene Arzt konnte nur noch den Tod feststellen, den er auf eine Herzkrankheit zurückführte. Primo de Riveras befand sich seit Wochen in ärztlicher Behandlung wegen einer Nierenangrippe. Für Sonntag nachmittag hatte er anlässlich des Abschlusses seines Pariser Musikensales Gäste zu sich geladen, u. a. Marschall Petain. Die Leiche Primo de Riveras wird nach Madrid gebracht werden.

Der Tag der deutschen Trauer.



Der Volksrauertag stand im Zeichen der Gedächtnisfeier, die der Volksbund Deutsche Kriegsarbeiterfürsorge zu Ehren der im Weltkrieg Gefallenen im Plenarsitzungsaal des Reichstages veranstaltete. An der Feier nahmen Reichspräsident von Hindenburg und die Vertreter sämtlicher Verbände teil. Unter Mitwirkung der Frau Reichswald der Reichswehr und der Studentenschaft auf der Tribüne, auf der sonst Präsidium und Regierung sitzen.

Politische Rundschau

Deutsches Reich

Die Roggen- und Weizenjälle.

Montag traten die landwirtschaftlichen Sachverständigen der Regierungsparteien zusammen, um mit dem Reichsernährungsminister Dietrich über die Frage der Erhöhung der Roggen- und Weizenjälle sowie über die Frage des Maismonopols zu verhandeln. Auch sonstige Maßnahmen zur Behebung der Not der Landwirtschaft sollen erörtert werden. Angelehnt der Meinungsverschiedenheiten über landwirtschaftliche Dinge gerade innerhalb der Regierungsparteien ist es zweifelhaft, ob es gelingen wird, eine Einheitsfront herbeizuführen.

Deutsche Eisenbahnen für Ausland?

Vertreter des Volkskommisariats für Verkehrsweesen der Sowjetunion in Berlin haben sich an die Deutsche Reichsbahngesellschaft mit der Bitte gewandt, für die beschriebliche Umstellung der fünf russischen Eisenbahnverwaltungen zwei erfahrenere höhere Beamte des verkehrstechnischen Dienstes der Reichsbahn für die Dauer der Umstellungsarbeiten nach Ausland zu beurlauben. Auch wurde der Wunsch ausgesprochen, daß einer größeren Anzahl von russischen Eisenbahnbediensteten Gelegenheit zur Ausbildung in den Ausbesserungswerken der Reichsbahn gegeben werden möchte. Eine Entscheidung ist zu diesen Wünschen noch nicht getroffen worden.

Chweiz.

Die europäische Zollkonvention zur Stabilisierung der europäischen Handelsbeziehungen hat die polnische Regierung die Erklärung abgegeben lassen, daß sie ihren Beitritt von der Wegegünstigung durch folgende elf Staaten abhängig macht: Belgien, Frankreich, Holland, Italien, Letland, Norwegen, Österreich, Rumänien, Schweden, Tschechoslowakei und Ungarn. Außerdem macht Polen seinen Beitritt von den Ausnahmen abhängig, die diesen Staaten zuerkannt werden. Es wird jetzt zunächst eine Kompromißformel beraten werden, die in privaten Besprechungen zwischen Österreich, der Tschechoslowakei, Ungarn und der Schweiz aufgestellt worden ist, um Österreich den Beitritt zur Konvention zu ermöglichen.

Aus In- und Ausland

Berlin. Der preussische Landtagsabgeordnete, Stadtschulrat und Bürgervereinsleiter Reinhold Dietrich ist an den Folgen eines Schlaganfalls im Krankenhaus in Potsdam im Alter von 66 Jahren verstorben. Dietrich gehörte der Demokratischen Partei an.

Chemnitz. Die Vereinigung der Verbände sächsischer Metallindustrieller in Chemnitz hat den Mantelartikel für die sächsische Metallindustrie zum 30. Juni 1930 genehmigt.

Vegnig. Bei einer kommunistischen Demonstration wurden sechs Nadelsticker verhaftet. Ein Beamter wurde durch einen Schlag über den Kopf verletzt.

Stoßfahrt. Aus Rom ist folgende Mitteilung über den Gesandtschaftsstand der Königin eingetroffen: Die Königin hatte während der letzten Tage mehrere langandauernde Ohnmachtsanfälle. Der Zustand ist ernst.

Buenos Aires. Der Eisenbahnverkehr geriet in ganz Argentinien infolge der häufigen Streiks und Sabotageakte ins Stocken. Die Lebensmittelpreise in die Städte stiegen auf Schwierigkeiten, namentlich das notwendige Mehl kam den Bäckereien nicht rechtzeitig zugeföhrt werden.

Standal im Hause des Potsdamer Regierungspräsidenten.

Die Gattin des Regierungspräsidenten an Diebstählen beteiligt.

Im Hause des Potsdamer Regierungspräsidenten Dr. Mommsen waren in den letzten Wochen wiederholt geheimnisvolle Diebstähle vorgekommen — geheimnisvoll insofern, als sie sich trotz aller Bemühungen der Kriminalpolizei zunächst nicht auflären ließen. Man fand Spuren, die auf Einbrüche hinzudeuten schienen, konnte aber bald feststellen, daß diese „Einbrüche“ von recht kümmerlichen Einbrechern begangen sein mußten. Endlich tauchte der Verdacht auf, daß die Diebstähle immer aber unter Beihilfe eines Angehörigen der Familie Mommsen begangen worden sind. Dieser Verdacht, der sich immer mehr verdichtete, hat sich jetzt bestätigt.

Die Gattin des Regierungspräsidenten hat, in die Enge getrieben, eingestanden, daß die Diebstähle auf ihre Veranlassung ausgeführt worden seien. Frau Dr. Mommsen, die aus Südamerika kommt, hatte, obwohl ihr Gatte als wohlhabend gilt, bei Versicherungen Schulden gemacht und hatte demnach erhebliche Beengnisse aus dem Vermögen zu entnehmen lassen, um sie heimlich zu verkaufen. Dr. Mommsen hat nach dem Gehändnis seiner Gattin sofort ein Entlassungsgesuch eingereicht und um seine Pensionierung gebeten.

Das Gericht, daß Frau Dr. Mommsen einen Selbstmordversuch gemacht habe, scheint sich nicht zu befähigen. Wichtig ist nur, daß sie selbst und ihr Gatte einen schweren Nerven zusammenbruch erlitten haben. Auf Anordnung der Staatsanwaltschaft soll Frau Dr. Mommsen auf ihren Geisteszustand beobachtet werden.

Volksrauertag und Kapp-Putsch-Feier.

Eine Rede des Ministerpräsidenten Braun in Magdeburg.

In Magdeburg fand eine von den Freien Gewerkschaften, der Sozialdemokratischen Partei und dem Reichsbund veranstaltete Feier zur Erinnerung an den Kapp-Putsch statt. Ministerpräsident Braun erklärte unter Beizugabe auf eine deutliche Anfrage im Preussischen Landtag, er könne die Erregung nicht begreifen, die seine Teilnahme verurteilte. Der Volksrauertag sei von einem rein privaten Verein organisiert und von keiner Behörde anerkannt worden. In längeren Ausführungen behandelte der Minister dann den Kapp-Putsch. Eine der ersten Taten der Kapp-Regierung sei es gewesen, zu erklären, daß man den Friedensvertrag erfüllen wolle, soweit das möglich sei. Mehr habe auch vor den Kapp-Beuten nie nach den Kapp-Beuten keine Regierung erklärt.

Bombenanschlag im Oldesloer Stadthaus.

Wegen technischer Mängel! misglückt.

Auf das Stadthaus in Oldesloe in Holstein ist ein Sprengstoffanschlag verübt worden. Nur infolge technischer Mängel in der Zeitigung ist er mislungen.

Höllenmaschine auch in Neumünster.

Sonabend nachmittag zwischen 15 und 16 Uhr wurde in einem Kellerloch an der Südseite des Finanzamts an der Göbenstraße in Neumünster von einem Schütter eine Höllenmaschine gefunden. Die Polizei wurde sofort benachrichtigt, beschlagnahmt die Maschine und machte sie unschädlich. Es handelt sich um eine in einem Holzstoffer von einem halben Meter Länge und 34 Zentimeter Breite eingebaute Höllenmaschine, die durch eine Weckeruhr in Tätigkeit gesetzt werden sollte.

Der Bombenanschlag in Neumünster.

Warum die Höllenmaschine nicht explodierte.

Die Untersuchung des Bombenanschlags in Neumünster hat ergeben, daß die Höllenmaschine bereits am Sonabend nachmittag explodieren sollte. Um diese Zeit war der Strom bereits eingeschaltet und die Drähte haben auch geblitzt. Entweder hat das Werk infolge eines Konstruktionsfehlers nicht funktioniert oder — was wahrscheinlicher ist — die durch die zu schwache Batterie erzeugte Hitze hat nicht ausgereicht, um die Sprengkraft und die Höllenmaschine zur Explosion zu bringen. Festgestellt wurde u. a., daß durch eine Explosion der Höllenmaschine eine starke Beschädigung des Finanzamtgebäudes wohl kaum eingetreten wäre. Da der Koffer nur in die Kelleröffnung gesteckt und mit der Hauswand nicht in Berührung war, wäre zweifellos der weitaus größte Teil der Sprengladung, ohne auf Widerstand zu stoßen, in die Luft geflogen worden.

Dem Täter dürfte bekannt gewesen sein, daß die Preiszeit des Finanzamts um 2 Uhr nachmittags beendet war, so daß mit ziemlicher Sicherheit angenommen werden darf, daß der Koffer zwischen 2 und 2 1/2 Uhr in die Kelleröffnung hineingestellt worden ist. Nach dem Bekanntwerden des Anschlags herrschte in der Bevölkerung von Neumünster große Erregung.

Berliner Produktenbörse.

Getreide und Hülsenfrüchte per 1000 Kilogramm, sonst per 100 Kilogramm in Reichsmark. Table with 4 columns: Item, Price 1, Price 2, Price 3.

Ämtlicher Teil.

Öffentliche Steuernachmachung.

Die am 15. März 1930 fällig gewordene Hauszins-, Staats- und Gemeindegarndauerzinsensteuer für den Monat März 1930 ist — soweit sie nicht über diesen Zeitpunkt hinaus gestundet ist — nunmehr spätestens innerhalb der nächsten 3 Tage an uns zu entrichten.

Eine Vergebung von Wahzetteln erfolgt nicht.

Annaburg, den 18. März 1930.

Die Gemeindefache.

Aufhebung von Polizeiverordnungen, soweit sie vor dem 1. Januar 1900 erlassen sind.

Beschluß.

Auf Grund des § 145 Abs. 2 VVG. in Verbindung mit den §§ 16 des Pol.-Verwaltungs-Gesetzes v. 11. 3. 1850, 14 der Verordnung vom 20. 9. 1867 und 15 des Lauburgischen Gesetzes v. 7. 1. 1870 lege ich hiermit sämtliche Pol.-Verordnungen der Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten, Kreis- und Ortspolizeibehörden, soweit sie vor dem 1. 1. 1900 erlassen sind, mit Ausnahme derjenigen Polizeiverordnungen, die die Strom-, Schiffahrts- oder Hafenpolizei betreffen, mit Wirkung vom 1. 5. 1930 außer Kraft.

Berlin, den 20. Februar 1930.

Der Minister des Innern. gez. Graefv. Sti.

Veröffentlicht.

Torgau, den 8. März 1930.

Der Landrat. Wehr.

Veröffentlicht. Annaburg, den 18. März 1930.

Der Amts-Vorsteher.

lokales und Provinzielles.

Schont Bäume und Sträucher. Jetzt, da es in der Natur wieder grünt und blüht, mögen die folgenden Dichterworte zur Verheerung empfohlen sein: „Auch jod ich auch: Es ist alles hellig jetzt; Und wer im Föhren einen Baum verfehlt, Der schneidet ein, wie in ein Mutterherz. Und wer sich eine Blume pflückt zum Scherz, Und die dann von sich schleudert sorglos. Der reißt ein Kind von seiner Mutter Schoß.“

Annaburg, 18. März. Im Lichtspielhaus (Neue Welt) war gestern Abend Gelegenheit geboten, einen Blick in ein großes deutsches Nahrungsmitteleck zu tun; es wurde dort der Kultur- und Lehrfilm der Magg-Werte Berlin und Singen (Sohnentel) vorgeführt, der den Besuchern viel Anregung brachte. — Man sah mit Entsetzen, was alles dazu gehört, bis Magg's Erzeugnisse entstehen, die von den Hausfrauen so gerne verbraucht werden. — In der Alten rollte der Film ab. Häßliche Landschaftsaufnahmen aus dem schönen Segau und vom Hohentwiel mit seiner Burgruine leiteten ihn ein. Dann zeigte er die eigentliche „Magg-Stadt“, durch deren Straßen die Werksbahn eilt, mit den Aukensanlagen der großartigen Fabrikanlagen, führte hinaus auf die Gärten, auf deren Weiden prächtliches Vieh seine Nahrung

findet, und unterrichtete eingehend über die landwirtschaftliche Arbeit vom Pflanzen bis zur Ernte. Darauf folgten die Bilder von der Verarbeitung der Rohstoffe in den Innenräumen der Fabrik. Inmitten die Mühle, interessant die Maschinen, die Walken, Pressen und paden, ohne das Menschenhand mit den Produkten in Berührung kommt. — Im 4. Teil lernte man die Nebenbetriebe der Magg-Werte kennen, in denen Tischler und Zimmerleute, Schmiede und Schlosser tätig sind; auch sah man Büroräume, die Bucherei, die Kanline u. a. In den Pausen wurden Rohproben von Magg's Erzeugnissen verabreicht die vorzüglich mundeten. — Alles in allem war die Veranstaltung, die einen außerordentlich starken Besuch aufwies, so vortrefflich gelungen, daß wohl jeder hochbefriedigt nach Hause ging.

Annaburg. (Volksstauung.) Ein trüber, fast winterlicher Märzsonntag war es, der dem Andenken der zwei Millionen geweiht war, die den Heldenloos fürs Vaterland gestorben sind. Die vaterländischen Vereine sowie die Einwohnervereine nahmen recht zahlreich an dem im Zeichen dieses Tages stehenden Gottesdienst teil. Ferner wurden an den für die Gefallenen errichteten Ehrenmalen Kränze mit Widmungen niedergelegt.

Schweinisch, 15. März. (Die Vorflut der Elster) Zu einer unverbindlichen Besprechung hatten sich die Anlieger derjenigen Ländereien zusammengedrängt, welche im Gebiet des jogen. „Teiches“ unter den Wasserabflüssen des Fischgraben leben. Bürgermeister Bieck leitete die Versammlung, welche von Gemeindegliedern der Orte Schweinisch, Neuelso, Waltersdorf, Clossa und Löben sehr gut besucht war. In einleitenden Worten legte der Vorsitzende die Verhältnisse klar, unter welchen besonders die Schweinischer und Clossaer Besitzer zu leiden haben. Nach Besprechung der rechtlichen Bestimmungen wurde festgestellt, daß, wenn der Graben ausgebaut würde, die Verhältnisse eine Besserung erfahren würden und die Kosten sicherlich ersparnisreich seien, wenn sich alle Gemeinden zusammenschließen könnten; denn Interesse an dem Abfluß der Wasserrennen hätte außer den genannten Gemeinden auch Burgien. Sehr zur Verbilligung des Projekts dient die Bereitwilligkeit des Kreisbauamtes, den Plan kostenlos aufzustellen. Um überhaupt zum Zuge zu kommen, will man das Projekt nun erst aufstellen. Erst dann werden die Beteiligten erneut zusammengerufen werden.

Wittenberg. (Schwerer Verkehr) von einigen Monaten vor 22 Jahre alte Paul Mertens aus Wittenberg verhaftet, der jetzt mit einem Kampligen einen Einbruch in Bad Schmieberg verübt. Mertens gelang es im Remberger Gerichtsgefängnis den Justizwachtmeister zu überwältigen und zu entweichen. Am 23. Januar wurde er jedoch in Bitterfeld bei einem neuen Einbruch überfallen und erneut festgenommen. Man brachte ihn dann nach Halle. Am Dienstag nun sollte Mertens zu einem Verhör nach Wittenberg gebracht werden. Zwischen den Stationen Bergwitz und Pratala glückte es ihm abermals zu entkommen. Er sprang aus dem Zuge. Der ihn begleitende Kriminalbeamte zog die Notbremse und schob hinter dem Fächling her, der jedoch, ohne eine Spur zu hinterlassen, in der Dunkelheit im Walde verschwand. Mertens flüchtet heiser, schlief und trägt außerdem den Kopf kahl.

Freundenrieche, 12. März. (Erhängt.) Der hiesige Sanddirektor Traugott Fasche hat sich auf dem Boden des Bankhauses erhängt. Die Gründe sind unklar, da Fasche allgemein geachtet und beliebt war und auch in geordneten Verhältnissen lebte. Der Verstorbenen hinterläßt eine Witwe mit fünf Kindern, von denen zwei jetzt gerade eingekniet werden sollen.

Jhormewitz, 14. März. (Schwerer Unglücksfall) Als der Weichensteller Franz Aldred aus Oranienbaum von seiner hiesigen Arbeitsstätte nach Hause fuhr, stürzte er infolge falschen Ausweichens eines anderen Wagens so unglücklich vom Rade, daß die Wäls zerbrach. Unter großen Schmerzen konnte er sich noch nach Hause begeben. Er wurde in das Dessauer Krankenhaus gebracht. Sein Zustand ist bedenklich.

Ludau. (Ein Verschö nach 16 Jahren entfernt.) Dem Kriegsbeschädigten Friedrich Ernst Schneider aus Hohenboda wurde jetzt im Kranenhaus in Ludau durch eine Operation am rechten Knie ein französisches Maschinengewehrverschö

entfernt, das er am 10. November 1914 bei einem Sturmangriff des Kel.-Inf.-Regt. 52, Colbus, bei Langemart in Belgien durch eine Verwundung am rechten und linken Oberarm erhalten hatte.

Köthen, 15. März. Der aus Burg stammende berühmte Ein- und Ausbrecher Panste ist aus dem Zuchthaus in Kassel entflohen. Panste hat auch in Köthen eine Gastrolle gegeben. Er soll sich, wie bekannt wird, in Magdeburg aufhalten. Panste, ein gebürtiger Bürger, soll an eine Bürger Zeitung, eine aus Magdeburg datierte Karte gerichtet haben, in der er seine demnächstige Ankunft in Burg ankündigt. Die Bürger Geschäftsleute möchten genügend Geld in den Ladenlofen liegen lassen, damit sich kein Besuch auch lohne. An der Echtheit der Karte wird nicht gezweifelt. Der Polizei fehlt bisher aber noch jede Spur. Panste ist ein raffinierter Einbrecher und hat bisher eine Gesamtstrafe von 50 Jahren Zuchthaus erhalten.

Lübbenu. Der zum Beigeordneten gewählte Redakteur und Buchdruckereibesitzer Schaff war wegen Beteiligung am Volksbegehren nicht befähigt worden. Jetzt ist die Befähigung des Ministers entgegengesetzt.

Halberstadt, 17. März. Im Suff torleite ein hiesiger Einwohner gestern Abend den Söhneweg entlang und stürzte dabei in die große Spiegelthebe der Ethenhandlung Dedt. Die Scheibe ging in Trümmer und der Betrunzene erlitt so schwere Verletzungen, daß er dem Krankenhaus zugeführt werden mußte. — Das wird einen bösen Augenammer geben.

Bernigerode. Bei einer Versteigerung in einem benachbarten Dorfe hatte ein Handwerker einen Ballen noch ungebrauchte handgewebte Leinwand erstanden. Beim Ausbreiten des Zeinsens rollten ihm zwei Zwangsmarkstücke aus dem Jahre 1873 entgegen. Seine Freude über den Fund war sehr groß.

Bad Köstritz, 5. März. (Glückliches Bad Köstritz!) Der Stadtrat nahm in seiner letzten Sitzung den Haushaltsplan für 1930 an. Er schließt in Einnahme und Ausgabe mit 14.916,37 RM ab. An Zuschlägen werden nach wie vor nur 20 Prozent zur Grundsteuer und 75 Prozent zur Gewerbesteuer erhoben.

Berlin hat noch Geld übrig. Dem Berliner Magistrat liegt jetzt wenigen Wochen die Umbenennungsrolle für die Berliner Straßen und Plätze vor. Erst jetzt erfährt man, daß alle Kaiser-Wilhelm-Straßen verschwinden, alle Straßen mit Erinnerungsnamen an die Freiheits- und Einigungs-kriege umgetauft werden und daß die Gesamtkosten dieser „politischen Erneuerungstat“, nicht nur, wie zuerst angenommen, 450.000 Mark, sondern rund 1/4 Millionen Mark dem Stadtfiskus kosten werden.

Ohne Kommentar! Wir lesen im „Zeitungs-Vergl.“, dem Organ der deutschen Zeitungs-Verleger (Nr. 9 vom 1. März), folgendes: „Die Tätigkeit des Redakteurs in einer kleinen Stadt — es sei selbstgeleitet, daß der Begriff KleinStadt in der Beziehung sehr bedächtig ist und keinesfalls einen Ort von nur 5000 Einwohnern zu umschreiben braucht, — ist schwer, schwerer als die Arbeit am Großblat, auf dem sich das Publikum nicht so leicht zu reiben wagt. In der KleinStadt sitzen Zeitung und Redakteur auf dem Tablett. Hing und Runz glauben, sich an sie heranzumachen zu dürfen, wenn etwas geschrieben wird, das ihnen nicht paßt. Die Annahme gewisser kleinblatblätiger Ignoranten sieht im Redakteur den bezahlten Schreiber, die bezahlte verordnete Exizienz, aus der nichts anderes werden konnte. Das Blatt ist „das Wurstblat“, — ein schmäuder Belname, der bestmöglichst auch Zeitungen mit 50.000 und mehr Auflage gegeben wird, — was es schreibt, ist „Unfinn“ (soweit es nämlich dem Herrn Suber nicht in den Kram paßt). Aber Herr Müller weiß es wohl zu finden, wenn er silberne Hochzeit feiert, wenn er auf der Leiter seiner unbedeutenden Beamtenlaufbahn ein Spießgläser höher geklettert ist. Herr Kunz findet sich sofort auf der Redaktion ein, wenn er das, was er einen Vortrag nennt, empfehlen will, die Vereinen benutzen den totalen Teil des „Wurstblatblätens“ zur Verfriedigung ihrer kleinen Eitelkeiten, selbst wurde Behörden können nicht umhin, die Zeitung, auf die sie weder schimpfen, für hundert kostenlose Veröffentlichungen zu beanspruchen, und so weiter ins Unendliche.“

Lichtspielhaus (Neue Welt). Der neue große Geheimfilm „Nachtotal“ mit der hier bestens bekannten Evelyn Gold in der Hauptrolle, gelangt demnächst hier im hiesigen Lichtspielhaus Neue Welt zur Vorführung.

Donnerstag, den 20. März, abends 8 Uhr: Evangel. Bund im Goldenen Ring.

Zwangsvorsteigerung.

Am Donnerstag, den 20. März, vormittags von 10 Uhr ab versteigere ich im Gasthof zum goldenen Ring in Annaburg

- 1 Kisten Zigarren, Tabak, Weisen, 1 Rauchtisch, 2 Korbfessel, 1 Ladebrett (neu), 1 gr. Ladevergal mit Schieberen (neu), 1 Schrankgrammophon n. Platten, 1 Ziegenstrand mit Inhalt und 1 Perjonen-Auto, 6stzbig, Brennabor, gut erhalten

Öffentlich meistbietend gegen Barzahlung.

Gallo, Obergerichtsvollzieher in Pretzin.

Gemüse-Sämereien und Blumen samen

in hochfeinster Ware empfiehlt

J. G. Fritzsche.

Achtung!

Sieinen Bedarf an Gemüse- und Blumen-Sämereien deckt man am vorteilhaftesten nur beim Fachmann.

Sortenreine, auf Keimfähigkeit geprüfte Samen, sowie prima Steckzwiebeln, kleinste verfrachte, pro Pfd. 55 Pfg., empfiehlt

Rosk's Gärtnerei ll. Blumenhalle

Torgauerstraße.

Handleiterwagen

in allen Größen empfiehlt

J. G. Fritzsche.

Empfehle mein großes Lager in:

- Kieferne Hobeldielen bis her qm 3.00 jetzt 2.75 RM.
Kieferne Schalbretter bis her qm 1.00 jetzt 0.90 RM.
Kieferne Schalbretter, kurze bis her qm 0.90 jetzt 0.80 RM.
sowie alle sonstigen Bau- und Rughölzer u. Baustoffe billigst.
Wilh. Kunze.

Stedzwiebeln,

Pfund 60 Pfg. sind etgetroffen.

J. G. Fritzsche.

Kaiser-Borax

für Toilette und Haushalt in Paketen zu 25 u. 50 Pfg. zu haben bei

J. G. Fritzsche.

Rote Eckendorfer Rübenkerne

Kirchlich Ideal gleich sämst. Sämereien und Blumensamen

Franz März

Markt 19

Frachtbrieft

empfehlt die Buchdruckerei

Stalldünger

tauft jederzeit zu hohen Preisen; zahlen 3 St. pro Fuhr 10. — M.

Baumgärle Raundorf.

Telephon Annaburg 253

Heute Nacht 12 1/2 Uhr verschied nach langem, schweren Leiden unsere gute Mutter

Frau verw. Marie Bornmann

im Alter von 75 Jahren.

Um stilles Beileid bitten

die trauernden Hinterbliebenen.

Annaburg, den 16. März 1930.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 19. März 1930, nachm. 1/3 Uhr vom Trauerhause aus statt.

Danksagung.

Für die Beerdigung vom Grabe unserer lieben, unerschütterlichen Entschlafenen sagen wir für die erriesene Teilnahme, den reichen Straußenschmuck und das ehrenvolle Grabgeleit herzlichsten Dank. Besonders danken wir Herrn Pfarrer Schrod für die Trostesworte am Grabe, sowie dem Geselligen Mauners- und Zimmerer-Verein für die erriesenen Begräbnisse.

Sie aber, liebe Entschlafenen, ruhen wir ein „Ahnungsauf“ in die Ewigkeit nach.

Louis Weser
im Namen aller Hinterbliebenen.
Annaburg, den 18. März 1930.

Zwangsversteigerung.

Am Wege der Zwangsvollstreckung sollen am **12. Mai 1930, um 10 Uhr** an der Gerichtsstelle in **Annaburg** (Gerichtstags-Gebäude am Markt) versteigert werden die im Grundbuche von Annaburg Band 16 Blatt 679 (eingetragener Eigentümer am 18. Februar 1930, dem Tage der Eintragung des Versteigerungsvermerkes: der Geschäftsführer **Wilhelm Regel in Annaburg**) eingetragenen Grundstücke:

- Lfd. Nr. 12. Gemarkung: Annaburg, Kartenblatt IV, Parzelle 504/10 Grundflächemutterrolle 876, Gebäudefeuerrolle 420. Hausbesitzung Alderstraße 5 mit Hof und Garten 4,39 a groß, Gebäudefeuerwert 307 Mark.
- Lfd. Nr. 14. Parzelle 506/10 Ader Hofbreite 1,03 a groß, Grundflächemutterrolle 0,05 Tr.
- Lfd. Nr. 16. Parzelle 510/10 Ader Hofbreite 4,52 a groß, Grundflächemutterrolle 0,21 Tr.
- Lfd. Nr. 20. Parzelle 658/16 etc. Wiese von den Hüfnerplanflächen 30/31 19,55 a groß, Grundflächemutterrolle 0,38 Tr.
- Lfd. Nr. 21. Parzelle 659/17 etc. Ader von den Hüfnerplanflächen 30/31 2,79,05 ha groß, Grundflächemutterrolle 8,99 Tr.
- Lfd. Nr. 23. Gemarkung Lebin, Kartenblatt 7, Parzelle 26 Grundflächemutterrolle 149 Lebin, Wiese Plan 151. 68,90 a groß, Grundflächemutterrolle 1,35 Tr.
- Lfd. Nr. 24. Parzelle 27. Wiese Plan 151, 3,47,20 ha groß, Grundflächemutterrolle 6,80 Tr.
- Lfd. Nr. 25. Parzelle 57/28 Wiese v. Plan 150, 1,27,66 ha groß. Grundflächemutterrolle 2,50 Tr.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung der Ansprüche an Kapital, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Grundstücke bescheidenden Rechtsverfolgung mit Angabe des beanspruchten Rangens schriftlich einzureichen oder zum Protokolle des Amtsgerichts zu erklären.

Amtsgericht **Prettin**, den 6. März 1930.

Donnerstag treffen ein
frische Seefische
J. G. Fritzsche.

Auto-Lohnfahren

führt aus

Johannes Hennig

Mittelstraße 17

Amateur-Albuns
Postkarten-Albuns

in reichhaltiger Auswahl empfiehlt
Herm. Steinbeiß, Buchhandlung.

F. C. A.

Donnerstag, 20. März, abends 8 1/2 Uhr bei Herrn **Lufschmann** (Stadt Berlin) Monats-Versammlung. Geschiedenen sämtlicher Mitglieder erwünscht.

Der Vorstand.

M. G. V.
Mittwoch 8 Uhr:
Gesangstunde
für alle Sänger.

Rippentabak
1/2 Pfd. 25 Pfg.,
Rippen mit Blatt
1/2 Pfd. 50 Pfg.,
Shag-Tabak
von 30 Pfg. an
Shag-Pfeifen
von 50 Pfg. an, empfiehlt
Louis Hofmann

Apfelsinen
Mandarinen
frisch eingetroffen
J. G. Fritzsche.
Brief-Ordner
Schnellhefter
in Quart- und Folioformat
empfiehlt **H. Steinbeiß.**

+ Gesangbücher

in allen Preislagen

Konfirmations-Karten

wie immer in großer Auswahl empfiehlt

Herm. Steinbeiß, Buch- und Papierhandlung

Haben Sie schon elektrisch gerollt?
Machen Sie einen Versuch bei
Louis Hofmann
und Sie werden überrascht sein.

Erfurter Gemüse- und Blumen-Sämereien empfiehlt
E. Krühmigen, Markt 1.
Beste blaue Salon-Tinte empfiehlt **H. Steinbeiß.**

Öffentliche **Versammlung**
am Donnerstag, den 20. März 1930, abends 8 Uhr im Gasthof **Neue Welt**. Es spricht Parteigen. Stabsarztordneter **Czarnowski-Halle**.
Nation.-Sozialist. Deutsche Arbeiterpartei Ortsgruppe Annaburg.

Augen-Freund, Berlin N 20, Badstr. 42 v. III. Spezial-Geschäft für **Augenläser**.

Wünschen Sie wirklich gut passende **Augenläser** dann gehen Sie nur zu **Augen-Freund**. Der größte Wert der Augenläser besteht in der genauen Augenprüfung durch einen erfahrenen Optiker. Auf Grund dreißigjähriger Erfahrung bietet ich Ihnen Vorteile, die Sie vergeblich wo anders suchen. **3 Monate Probezeit**. 1 Jahr Garantie für richtiges Sehen. **Kostenlose Augenprüfung**. Freienspreise von 2 Mark aufwärts je nach Wunsch und Bedarf. Zahlreiche Anerkennungen aus Annaburg. Hilfe und Rat in den schwierigsten Fällen. Gläser aller Schleiarten. **Reinigen** für jede Gestaltform. **Sabald** die Augen kitzeln und schnell ermüden, keine Schrift nicht mehr richtig zu erkennen ist, tut ein gut passendes Glas wunderbare Dienste. Veräumen Sie diese Gelegenheit nicht. **Sprechstunden in: Annaburg im „Siegeskranz“ am Donnerstag, den 20. März, von 9-7 Uhr, Prettin im „Schwarzen Adler“ am Freitag, den 21. März, von 9-7 Uhr.**
Lassen Sie sich nicht durch ähnliche Inzerate irre machen.

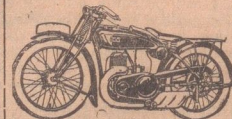
Achtung! Gartenbesitzer!

Am 20. März vertelle wieder in Annaburg 1 Sammelabgabe feingemahlte Düngemittel. Gebiete-Bestellungen von 1 Str. an Abh. 2,50 einfl. Cash, frei Haus.
Rob. Mylord, Kalkwerk, Halberstadt.

Zur Konfirmation!

Kleiderstoffe in Wolle
Popeline, Ripps, Katté, Crepe caid, Veloutine, Crepe de chine, Crepe marocain, Samt, Woll-Museline
Prinzessröcke :: Strümpfe
Oberhemden, Einfaschenden, Selbstbinder, Sandschuhe, Taigentücher, Hosenträger.

Seb. Schimmeyer



Motor-Räder

DKW 200 ccm	648.— M.R.
DKW 300	838.— M.R.
NSU 200	750.— M.R.
NSU 300	935.— M.R.
NSU 500	1095.— M.R.
Elfa Sport 200 ccm mit elektr. Lichtmaschine	750.— M.R.

Sämtliche Preise ab Werk.
Auto- und Motorrad-Reparatur-Werkstatt
Fahrschule — Tankstelle

Fritz Rödler, Fernruf 253.

Pa. Kottlee und gelben Original **Chendorfer Runkelnsamen** empfiehlt **J. G. Fritzsche.**

Es liegt in Ihrem Interesse
die große Auswahl
Herrn-Anzügen, Manteln
Oberhemden, Selbstbinder
Kindler-Bekleidung
sowie **einjährige Hülsen**
Ich verspreche Ihnen
zeitgemäße billige Preise
und **erprobte Qualitäten** ::
Carl Quehl.

Für die Konfirmation!

Eine große Auswahl in

Kleiderstoffen
Popeline, Crepe caid, Ripps, Lindener-Samt, Veloutine, Crepe de chine, Bemberg-Seide
sowie: **Fertige Kleider**
Anfertigung nach Maß im eigenen Atelier.

Konfirmationsanzüge
in Cheviot, Molton, Kammgarn in allen Größen und billigen Preislagen.

Oberhemden :: Einfaschenden :: Kragen
Arbeitsbekleidung aller Art,
sowie: **sämtliche Geschenk-Artikel**

Ernst Peschke.

Redaktion, Druck und Verlag von **Herm. Steinbeiß**, Annaburg

Mittelstandsfragen im Preuß. Landtag.

(112. Sitzung.) U. Berlin, 14. März.
Das Haus verabschiedete zunächst den Gesetzentwurf, wonach die Möglichkeit, frühere Leiter und Lehrer von staatlichen Vorkursbildungsanstalten auch in nichtstaatlichen Schulen unterzubringen, um ein Jahr verlängert wird.
Dann wurde die allgemeine Ausweisung zum Handelsbau diskutiert.
Abg. Weisinger (Ztr.) gab der Ansicht Ausdruck, daß man jetzt nach der Annahme des Young-Planes und der bevorstehenden Regelung der Reichsfinanzen auf Gutschiebungen für die Wirtschaft rechnen dürfe. Es sei bedauerlich, daß die Ministerien, die Führer der Wirtschaft und auch die Parlamentarier die Gelegenheit verjümet und die psychologischen Wirkungen eines Misserfolgs zu schrecklich verstanden hätten.
Abg. Cunard (Ztr.) betonte, unter der heute geltenden Devisen-Regulierung das Gleichgewicht der Wirtschaft zu gründe gehen.
Abg. Wolff (Sofmann) (Ztr.): Herr Zentralverwalter, Sie sind schon beruflich zum Schwarzfahren verpflichtet. Sie unangebrachte Steuerbelastung habe den gewöhnlichen Mittelstand schon zu weit belastet, daß wir nur noch 32.000 feinegewerbliche Betriebe haben.
Abg. Sobotta (Komm.) behauptete unter lebhaftem Widerspruch, dem gewöhnlichen Mittelstand gingen es vielfach gar nicht so schlimm. Ausgesagt würden nur die dreien Schichten des arbeitenden Volkes.
Abg. Bauer-Waldenburg (D. Wp.) behauptete, daß unter der Wirtschaftnot gerade die folgenden gewöhnlichen Unternehmungen leiden, die an guter Handwerks- und Qualitätsarbeit festhalten.
Abg. Hartmann (Ztr.) besprach die Frage der Gewerbesteuer.

Fristsverlängerung für Ansprüche an die Vereinigten Staaten.

Der Präsident der Vereinigten Staaten hat das Gesetz betreffs der Frist für Forderungen von Ansprüchen deutscher Berechtigter auf Rückgabe des während des Krieges beschlagnahmten deutschen Eigentums, das am ein weites Jahr verlängert ist, unterzeichnet und damit in Kraft gesetzt.

Reichsmittel für Forschungszwecke. Severeing über die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft.

Im Haushaltsausfluß des Reichstages wurde u. a. über einen Vorschlag von 600.000 Mark gesprochen, der für die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften beantragt war. Reichsmittel des Innern Severeing gab hierzu Erklärungen. Verschiedene Zweifel, die an der notwendigen Sparhaftigkeit der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft geäußert worden seien, hätten eine Untersuchung über die Verwendung der Reichsmittel veranlaßt. Dabei habe sich herausgestellt, daß die geäußerten Zweifel jeder Grundlage entbehren. Der Minister trat nachdrücklich dafür ein, daß Zuschüsse für die deutschen Forschungsinstitute nicht über Gebühr eingeschränkt werden.

Baldiger Abschluß der Voruntersuchung gegen die Brüder Ellarek.

„Komplex Berliner Stadtbank“ bereits abgeschlossen.
In der Strafsache gegen die Brüder Ellarek und Genossen ist die Voruntersuchung geschlossen worden, soweit der Komplex Berliner Stadtbank in Frage kommt. Es handelt sich hier um die Aufstellungen gegen die Brüder Ellarek wegen Verbrügens und fälscher Urkundenfälschung zum Nachteil der Berliner Stadtbank, gegen deren Profiteure Lehmann wegen Verbrügens zum Nachteil der Berliner Stadtbank zwei Stadtbankdirektoren.

Mag Ellarek aus der Haft entlassen.

In dem Haftprüfungstermin gegen die Brüder Ellarek wurden die gegen den angeklagten Mag Ellarek bestehenden Anklagepunkte aufrechterhalten, da dringender Tatverdacht und Fährungsverdacht fortbesteht. Er wird jedoch bis auf weiteres mit Anrechnung von Verbrügens- und Wertentwertung der Sachverhalte in der Aufhebung der Untersuchungshaft dringend befristet haben, da sonst mit der Gefahr fortschreitender Verschlimmerung der schweren Erkrankung sowie mit der Möglichkeit eines möglichen Todes zu rechnen ist. (Hertzsch, Arbeiterschutz und Wertentwertung).

Politische Rundschau Deutsches Reich

Hindenburg beim Trauergebet für Tizit.
Der Marinerevier Berlin 1886 veranlaßte für seinen verstorbenen Ehrenvorsitzenden, Großadmiral v. Tirpitz, einen Trauergebet, dem der Reichspräsident in Marschallsuniform beistand. Unter den Erschienenen sah man noch u. a. die Chefs der Wehrmacht und der Marineleitung, ferner die Generale v. Schröder, v. Eans, Mommien, Wehde, Jentz, den Rektor der Universität Berlin sowie die Marine- und Militärattachés der fremden Staaten.

Das Wahlprüfungsgericht über den Volksentscheid.
Das Wahlprüfungsgericht beim Reichstag hielt eine Sitzung ab, um das Ergebnis des Volksentscheides vom 22. Dezember zu prüfen. Der Reichsbeamtragte beantragte, die Abstimmung beim Volksentscheid über das Freiheitsgesetz für gültig zu erklären und festzusetzen, daß sich an

der Abstimmung nicht die Mehrheit der Stimmberechtigten beteiligt hat. Der Reichspräsident unterzeichnete diesen Antrag. Das Wahlprüfungsamt schloß sich in seinem Urteil diesem Antrage an.

Einführung des deutschnationalen Parteivorstands.
Der Vorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei, Geheimrat Eugenber, hat angekündigt, daß in Kürze der Parteivorstand einberufen werden soll. Wie verlautet, soll er auch zu dem Verhalten des Reichspräsidenten gegenüber den Young-Gesetzen Stellung nehmen.

Zwei Reichswehr-offiziere verhaftet.

Wegen nationalsozialistischer Propaganda.
Amlich wird mitgeteilt: Das Reichswehrministerium hat vor einiger Zeit durch Verbuchungen die der Truppe erfahren, daß einige junge Offiziere in nationalsozialistischen Sinne zu wirken verlusten. Da diese Verbuche rechtzeitig gemerkt und abgebeilt worden sind, haben sie sich auf wenige Personen beschränkt und keine Bedeutung gewinnen können.

Das Reichswehrministerium hat die Angelegenheit der Weisung an die Offiziere übergeben, die ein Vertrauens des Standortes ihm und einem ehemaligen Offizier in Kopf verhaften lassen. Die weitere Verarbeitung liegt in der Hand der Reichswehrverwaltung.

Die Münchener Neuesten Nachrichten bringen zu dem Fall Einzelheiten. Nach diesem Bericht handelt es sich um ein schon seit längerer Zeit schwebendes Ermittlungsverfahren. Auch in München sollen mehrere Verhaftungen erfolgt sein. Die Münchener Reichswehr-Offiziere erklären allerdings, daß ihnen von einem solchen Verfahren nichts bekannt sei. Nach anderen Mitteilungen handelt es sich um den Versuch, in die Reichswehr nationalsozialistische Zellen von Offizieren zu bilden, die sich verpflichten sollten, im Falle eines Umsturzes von rechts, zum mindesten neutral zu bleiben. Dieser Versuch soll in einzelnen Garnisonen, so in Ulm, München, aber auch in Weiden, München, und anderen Orten ein Erfolg gehabt haben. Durch Anzeigungsverpflichtung Reichswehrangehöriger soll der Plan aufgedeckt worden sein. Ein ehemaliger hoher Reichswehr-Offizier aus München soll nach Mitternachtsbesprechungen in die Angelegenheit verwickelt sein. Die Tatsache, daß der Oberst a. d. W. mit der Sache befaßt worden und zu den oben gemeldeten Verhaftungen gedrungen ist, legt die Vermutung nahe, daß es sich um einen nicht leicht zu nehmenden Fall handelt.

Dr. Hermann Blohm 4

Der Mitbegründer und Seniorchef der Werk Blohm & Voß in Hamburg, Dr. Hermann Blohm, ist am Mittwoch Nachmittag nach kurzer Krankheit gestorben. Der Entschlafene hat ein Alter von fast 82 Jahren erreicht.

Der größte Dampfer der Welt.

Die Cunard-Gesellschaft will ihn bauen.
Die Cunard-Schiffbau-Gesellschaft gibt bekannt, sie habe den Bau eines neuen Passagierdampfers, der der größte der Welt sein werde, beschließen.

Aber das neue Schiff werden folgende Einzelheiten bekannt: Bei einer Länge von 330 Metern und einer Breite von über 33 Metern soll die Wasserverdrängung 61.000 Tonnen betragen. Der Antrieb wird durch Turbinen von zwei Hochdruckstufen mit einer Leistung von 300.000 Pferdekraften (90.000 Pferdekraften mehr als bei der „ Bremen“) erfolgen. Die Geschwindigkeit soll 28 bis 30 Seemeilen je Stunde betragen. Mithier für die Befahrung sind Unterbringungsmöglichkeiten für noch 4700 Personen vorgesehen. Die Passagiere sollen sich auf 100-120 Millionen Mark (?) belaufen. Die Bauarbeiten wird drei Jahre betragen.

Bestellungen auf die Annaburger Zeitung werden jederzeit entgegengenommen.

Liebe, die ist spät gekommen

Original-Roman von Gertrud Rothberg.
(28.)
Doch dieses Objekt war nicht gerade willig, sehr zum Ärger der schönen Frau, die sich eine Ehe mit Teddy James forderte, so bequem gedacht hatte. Was dieser häßliche, reiche Amerikaner für Manieren hatte, sich mitten im Gespräch zu entfernen! Gut, sie würde ihre Mißbilligung nicht mehr an diesen ekelhaften Menschen verschwenden, das fiel ihr gar nicht mehr ein. War es der nicht, war's ein anderer. Sie hätte es in Gott sei Dank hier ganz gut getroffen. (Es waren eine ganze Menge Geldleute da, allerdings und leider fast alle verheiratet. Aber — nun, nur nicht den Mut verlieren!)
Seit ein paar Tagen richtete Erta Heibud ihre ganze Aufmerksamkeit auf Hans Kerlow. Seine hohe Figur, sein idiosyncras, moriantes Gesicht mit dem Mund, dem man ansah, daß er befehlen konnte, und den herrlichen hellen Augen, gefielen ihr. Die arme Frau an seiner Seite lächelte sie wohl ein wenig, doch Gemütschwäche lag den ihr schön, leichtlebigen Weltbude nicht. Was ging Hans Kerlow's Frau sie an? Zudem war er gelächelt gegen seine Frau dabei zu lassen. Er würde wohl auch längt Verlangen haben nach einer solchen, unternehmungslustigen Frau, auf die er nicht immerfort Rücksicht zu nehmen brauchte. Ihr gefiel dieser Mann, wie ihr noch nie ein Mann gefallen hatte. Und sie mußte, daß sie sich, kam es erst zu einer näheren Bekanntschaft, ganz und gar an diesen Mann verlieren würde. Das wäre gut. Ein großes, inneres Verlangen fehlte ihr schon lange.
Die Gesellschaft fand sich frühzeitig zusammen, und dann begann die wunderbare Wanderung. Die Sonne beschien hoch droben ruhigen Schnee und ringsum hier unten war es grün, war es Sommer, wenn es auch schon kühl herabwehte.
Das Ziel, das man sich gestellt, war weit, und Kerlow bedauerte es schon sehr, daß er erst am Abend wieder bei dort sein konnte.

Die alte vornehme Französin wollte ihr Gesellschaft leisten. Sie hatte Vork in ihr Herz geschlossen, trotzdem sie sich sonst eigentlich sehr zurückhalten besahm. Und dann war auch Teddy James vorhanden, da ein ganz merkwürdiger Mensch. Er interessierte Kerlow, er betete vor, er wollte aber auf sie aber auf eine so harmlose, offene Weise, daß man ihm nicht gram sein konnte. —
„Ach war schon zweimal im Winter hier, finde es jedoch direkt ungerecht, wenn manche Leute behaupten, St. Moritz sei nur im Winter lohnend. Wie denken Sie darüber, Herr Kerlow? Diese Landschaft hier zu unsern Füßen bleibt doch grandios, ganz gleich, ob als Frühjahrsurlaub oder ob man im Februar mit einem Strohputz auf dem Kopfe robelt.“
Kerlow sah die schöne Frau Erta Heibud prüfend an. Dann sagte er:
„Sie haben recht, gnädige Frau. Ich hatte diesem Erdenstück auf unredlich getan, trotzdem ich nun bereits den zweiten Sommer hier verbringe.“
Sie plauderten miteinander, und Kerlow mußte nach einer halben Stunde schon, daß sie eine feine, feingebildete Frau war. Rätselfah auf ihr blieb ihm nur, warum sie ihre Gesellschaft auf der ganzen Tour eigentlich nur ihm widmete. War sie gefälligt? Nun, dann konnte sie zufrieden sein. Die Herren drehten sich mehr oder minder immer einmal nach ihr um.
Wachsam mußte er auch, daß sie ihr Interesse ihm allein wanderte. Das war eine unangenehme Entdeckung für ihn. Jedes Verlangen nach einem Abenteuer lag ihm fern. Sie aber schien es direkt darauf anzulegen, und das widerte ihn an. Er hatte überhaupt, auch früher nicht, Frauen gemocht, die ihm ihre Neigung merken ließen. Und diese hier würde zudem, daß er verheiratet war.
Er war dem Gerichtsrat aus Berlin direkt dankbar, daß der sich jetzt mit seiner ganzen menschlichen Bereitschaft zwischen ihm und die schöne Frau hob und freundlich ein Gespräch anfang. Frau Erta ließ es sich deutlich merken, daß ihre die Störung unermüdlich kam, doch Herr Erlich schien davon nichts zu merken. Freundlich sprach er weiter.
Kerlow ahnte nicht, daß Frau Heibud dem Gerichtsrat beauftragt hatte, sich als Störenfried zwischen Erta Heibud

ducks schamlose Absichten und Kerlow zu schieben. Und nun führte er eben seinen Auftrag gewissenhaft aus.
Er war ausgefelle. Sein gefiel Frau Erta, und, heiraten hätte er sie jedoch nicht mögen. Auf seinen Fall! Solche Art Frauen machten dem Manne das Leben zur Hölle, das hatten die letzten Skandal-Geschichten bes in die höchsten Kreise hinaus befähigt. Und Frau Heibud hatte recht: Die schöne kleine Frau Erta, die ihren Mann liebte, verdiente es nicht, daß man talentos zuh, wie Frau Heibud Hans Kerlow einfling.
Erta Heibud warf dem gemächlichen Rat einen keineswegs freundlichen Blick zu. Das ließ ihn aber nicht irren werden.
Achselzuckend wandte die junge Frau sich an die Gruppe, in der die jungen Herren waren, und bald schallte lustiges Gelächter über den Weg. Die Gruppe junger Herren hatte sich erst an der letzten Wegbiegung angelassen. Man kannte sich von der Sportplätzen her. Und da sich auch der bekannte Herr Erlich selbst dazwischen befand, der wegen seiner tollen Witzen und doch weniger seiner gelauerten Abenteuer wegen berühmt war, wurde die Sache recht unterhaltsam.
In einem kleinen Bergloft hielt man Rast, und das lustige Gelächter der Gesellschaft erfüllte den freien Platz vor dem Hotel.
Einmal sah Erta Heibud, daß Kerlow's Augen sumend auf ihr ruhten. Sie suchte diesen Blick als Neus für sich und war nicht, daß er nur gedacht hätte.
„Eigentlich sind solche Frauen zu bemitleiden, die da stolz und gierig das Leben durchfristen. Einmal kommt ja doch der graue Alltag, und dann sind solche Frauen doppelt einjam und verlassen.“
Trotzdem Erta Heibud sich Mühe gab, von nun an ihr Interesse für den großen schönen Kerlow mehr zu verbergen, mußte doch die ganze Gesellschaft, daß sie die Mann beruht nur um seinetwillen mit untermommen hatte. Und sie allein hielt bald mit innerer Enttäuschung fest, daß sie in diesem Herzen keinen Zoll Platz gewann. Dieser Mann konnte also treu sein, wenn er liebte. Das aber machte ihn in ihren Augen nur noch begehrenswerter.
(Fortsetzung folgt.)

Was man noch wissen muß:

Genere fährt nach Amerika. Wie die Sagas mittelw. wird sich Dr. G. mit dem Kohabampfer...

57 afghanische Räuber hingerichtet. Einer Meldung aus Kabul zufolge ließ König Nadir 57 Anhänger...

Feuersbrunst zerstört tausend Häuser. Eine Feuersbrunst zerstörte im Einquartierungsbüro auf Manila...

Ein dänisches Militärflugzeug abgestürzt.

Vermutlich zwei Todesopfer. Nach einer Mitteilung aus Kopenhagen ist in der Nähe von Ageröe ein dänisches Militärflugzeug...

Gefährlicher Kampf im Zirkuswagen.

Vier Löwe überfallen eine Tierbändigerin. In Vepra bei Basel wurde die als Tierbändigerin tätige Frau des Zirkusbesizers Gassel von einem Löwen...

Neue Ueberflemmungsgefahr in Südrussland.

Entgeißelung eines Giterzuges im Hochwassergebiet. Aus Südrussland wird gemeldet, daß die Garmone und der Zanjow...

Liebe, die zu spät gekommen

Original-Roman von Gerl Rothberg. Einmal stand man an einem Ausflugsplatz. Das Holzgelande lag nicht vertrauensvoll...

Süßes für Königsberg und Lübeck.

Sie bekommen die preussisch-süddeutsche Lotteripremie. Königsberg und Lübeck sind berufen als Marzipanstädte...

Nach und Fern

Zwei Personen von D. Zug Paris-München überfahren. Der D. Zug Paris-München überfuhr in der Nähe von Mafisch...

Marineschlacht in der Newyorker Untergrundbahn.

In einem Zug der Newyorker Untergrundbahn. In einem Zug der Newyorker Untergrundbahn spielten sich merkwürdige Szenen ab.

Zwei angerrumene Waggons von der Befragung des amerikanischen Kreuzers 'Gilmer' maršiert...

Rauswurf auf der Landstraße. Der Wote Langer wurde auf der Landstraße zwischen Gebersdorf und Laubniz...

Zwei Stahler von einer Rauine begeben. Fünf Arbeiter aus Aroja, die eine längere Exkursion unternommen...

Passive Resistenz der argentinischen Eisenbahner. Die Associated Press aus Buenos Aires meldet...

Table with 2 columns: * Berliner Schlachtwirtschaft. (Antwörter Bericht.) Bezahlt wurden für 50 Kilogramm in Markt. and a list of items like Ochsen, Schweine, etc.

Er starrte hinüber. Sein Gesicht sah grauenerregend aus. Endlich löste sich die Spannung. Kertow lachte laut auf...

Er starrte hinüber. Sein Gesicht sah grauenerregend aus. Endlich löste sich die Spannung. Kertow lachte laut auf...

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Ercheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 3 Uhr.
Bezugspreis wird monatlich festgelegt.
Bestellungen nehmen alle Postämter und die Zeitungsverleger, die Zeitungsstellen und die Geschäftsstelle Zerkowitzer, 3, entgegen.
In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung u.ä. ersucht jeder Anspruch auf Lieferung bezw. Rückzahlung des Bezugspreises.
Fernsprech-Anschluss Nr. 224.

Amtliches
Publikations-Organ



für Amts- und
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1 Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außerhalb Wohnende 7 Goldpfennig, für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpfennig, im Realmeteil 30 Goldpfennig, einschließl. Umrahmung, Schmeißer und tabellarischer Satz mit Aufschlag.
Anzeigen-Einnahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 8 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.
Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbezahle.

Nr. 33

Dienstag, den 18. März 1930.

33. Jahrg.

Hindenburg und das Polenabkommen

Vorträge beim Reichspräsidenten.

Neue interfraktionelle Besprechungen.
Reichspräsidenten von Hindenburg hat bekanntlich die Seele des „Neuen Planes“ ausgearbeitet, sich aber die Entscheidung über

das deutsch-polnische Liquidationsabkommen vorbehalten und sie von dem Ausfall der Nachprüfung abhängig gemacht, ob das Abkommen verfassungsgemäß und demnach zu seinem Zustandekommen einer Zweidrittelmehrheit des Reichstages bedürft hätte. Der Reichspräsident nahm dementsprechend Vorträge entgegen des Reichsjustizministers von Grotzard über die mit dem deutsch-polnischen Liquidationsabkommen in Zusammenhang stehenden Reichstagen. An der Besprechung nahmen ferner teil die Staatssekretäre Dr. Joel, Vogler und Dr. Meißner sowie der Direktor der Rechtsabteilung des Staatskanzlers, Dr. Gans. Eine Entscheidung über die Verknüpfung des Gesetzes hat der Reichspräsident noch nicht getroffen.

Die interfraktionellen Besprechungen im Reichstag wurden fortgesetzt. Im Vordergrund standen die Verhandlungen über

die Agrarfragen, mit denen sich zunächst die Fraktionen beschäftigten. Auch die Besprechungen über

die Finanzreform wurden fortgesetzt. Die Besprechungen haben allerdings im Augenblick mehr formale Bedeutung. In ihr entscheidendes Stadium werden sie Anfang nächster Woche eintreten, wenn der Parteitag der Deutschen Volkspartei vorüber ist und damit die politischen Grundlagen für die weiteren Verhandlungen geschaffen sind. Die vom Reichsrat verabschiedeten

Finanzvorträge des Kabinetts sind dem Reichstag zugegangen, der sie noch in dieser Woche zur ersten Beratung stellen und dem Sicherungsausschuss überweisen will. Der Reichstag tagt bekanntlich in dieser Woche nur bis zum Donnerstag, da am Freitag und Sonnabend der Parteitag der Deutschen Volkspartei in Rammheim stattfindet.

Gegenstand der interfraktionellen Verhandlung war auch

die Arbeitslosenversicherung; die Volkspartei vertrat den Standpunkt, daß der Beitrag von 3% Prozent nicht überhöht werden dürfe und der Rest des Bedarfs durch innere Reformen der Versicherung gedeckt werden müsse. Die Sozialdemokraten hielten sich gegenüber diesen Vorschlägen sehr zurück.

in der Lage, die mit den Eigenheimen übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen.

Abg. Bitt (Komm.): Der Landarbeiter wird den Bedingungen unterworfen, mit der jetzigen Landarbeiterversicherung an die Scholle gefettet zu werden.

Abg. Behrens (Christlichn. Arbeitergen.): Die Zustände bei den meisten Verbohrungen, besonders in der Landwirtschaft der Schropfungen, sind unermesslich.

Abg. Frecher von Nischwitz (Dm.) befreit, daß die meisten Landarbeitervohnungen schlecht seien. Jeder Stand müsse in der Wohnungsfrage seine Pflicht zu erfüllen wie die Landwirtschaft. Dann würde es besser aussehen.

Abg. Schmidt-Schönitz (Soz.): Überordentlich zahlreiche Prozesse zwischen den Landarbeitern und Arbeitgebern, 900 von 1000 dieser Prozesse werden zugunsten der Arbeitnehmer entschieden. Daraus kann man leicht erkennen, wo das Recht liegt.

An der zweiten und dritten Sitzung wird die Bildung angenommen für die Bildung eines Ausschusses zur Untersuchung der Lage der Bauern in den Provinzen.

Abg. Jäger (Soz.) sagt, bei der Landarbeiterversicherung abtrotzte Mängel vorhanden, denn die Arbeiter sind nicht

Kleine Zeitung für eilige Leser

* Reichspräsident von Hindenburg nahm wegen der Unterzeichnung des Polenvertrages den Vortag der zuständigen Minister und Staatssekretäre entgegen.

* Zwischen den Regierungsparteien sind neue Finanzverhandlungen begonnen worden.

* Der französische Ministerpräsident Lardieu hatte eine Aussprache mit Macdonald, um das drohende Scheitern der Stötenkonferenz zu vermeiden.

* Die Sowjetregierung hat sich an die Deutsche Reichsbahn gemeldet zwecks Überlassung von höheren und mittleren Eisenbahnbeamten zum Ausbau des russischen Eisenbahnnetzes.

Gewerbliches Unterrichtswesen.

Preussischer Landtag.

(144. Sitzung.) u. Berlin, 17. März.
Bei Eröffnung der Landtagsitzung gedachte Präsident Varnitz, während sich die Abgeordneten von ihren Plätzen erhoben, des pöblich erfolgten Ablebens des demokratischen Abg. Otto Charlottenburg.

Nach demotografischer Abstufung der Vorschläge und nach dem Bau des Geländes wurde die Aussprache zum Handelsrat beim Abschluß

fortgesetzt.

Abg. Dubsius (Komm.) lehnte die Reform der Gewerbelehre ab, weil sie nichts als die Erfüllung besonderer Wünsche der Industrie bringe.

Abg. Hebenreich (D. Vp.) betonte, wie dringend berufliche Mitarbeiter an der deutschen Wirtschaft, die aus dem Qualitätsarbeiterstande herausstiegen. Ihnen müsse neben praktischer Ausbildung auch die nötige betriebswirtschaftliche Kenntnis übermittelt werden.

Abg. Gahr (Christlichsozialpartei) warnte vor einer Überakademisierung. Die Voraussetzung für die Zulassung als Gewerbelehrer müsse vor allem eine langjährige praktische Tätigkeit in Gewerbebetrieben sein.

Minister Dr. Schreiber betonte gegenüber einer Bemerkung des Abg. Gahr (Christlichsozialpartei), er halte es für unzulässig, daß Vorschläge nicht einseitig politisch festliegen.

Abg. Knick (Dm.) verlangte die Herabsetzung eines wichtigen gewerblichen Nachwuchses. Die vom Minister beschlossene Reform sei zu begrüßen.

Abg. Winkler (Dm.) sprach sich für den Streifen des Handwerks vor, man mit großer Interesse die Reformbestrebungen in der Gewerbelehre anzusehen. Die Basis der Reform müsse sein das Wohl der Schüler und nichts anderes.

Min. Dr. Schreiber sagte sich dazu, daß es außerordentlich bedauerlich sei, daß rund 75000 Schüler bisher von den Berufsschulen nicht erfasst wurden. Es handle sich zu hauptsächlich um Schüler vom Lande, die nur auf dem Wege über die Kreise erfasst werden könnten. Man könne den freien und Landarbeitern nur dankbar sein, daß sie immerhin schon einige hundert Kreisberufsschulen errichtet haben. Im Zusammenhang mit der geplanten Reform der Gewerbelehre sollten auch Fachschulen für die Gewerbe geschaffen werden, die jetzt noch keine Schule hätten vor allem das Nahrungs- und das Bekleidungs-gewerbe.

Hindenburg an die Studenten.

Wahrung zur pflichttreuen Arbeit.
Namens einer Reihe akademischer Verbände und Jugendvereinigungen hatte unlängst der Köpflingerverband der Vereine Deutscher Studenten an den Reichspräsidenten ein Schreiben gerichtet, in dem diese Jugendorganisationen namens der Toten von Langemard an den Reichspräsidenten die Bitte richteten, dem Young-Plan und dem Polenvertrag die Unterstützung zu verweigern. Auf dieses Schreiben hat der Reichspräsident die folgende Antwort erwidert:

„Sehr geehrte Herren! Von Ihrem, zugleich im Namen anderer studentischer und Jugendverbände an mich gerichteten Schreiben vom 18. Februar dieses Jahres habe ich mit Interesse Kenntnis genommen. Ich hoffe, daß die inzwischen von der Reichsregierung im Reichstag gegebenen Aufklärungen über den Young-Plan und seine einzelnen Bestimmungen bei Ihnen eine sachliche Würdigung gefunden und manche Irrtümern Voraussetzungen in Ihrem Schreiben vom 18. Februar dieses Jahres beseitigt haben. Im übrigen verweise ich auf meine öffentliche Kundgebung in der ich die Gründe für meine Stellungnahme kurz angedeutet habe.

Wenn aber, die Sie als Vertreter einer Anzahl deutscher Jugendverbände sich in Ihrem Schreiben auf die Toten von Langemard berufen, glaube ich in Ergänzung dieser meiner Verlautbarung noch besonders sagen zu müssen, daß gerade die Erinnerung an die opfermütig für das Vaterland gefallenen jungen Freiwilligen der neuen Generation die Pflicht auferlegt, auch

Deutscher Reichstag.

(143. Sitzung.) OB. Berlin, 15. März.
Die dritte Beratung des Republikbeschuges steht auf der Tagesordnung.

Abg. Gehe (Komm.) erklärt, es bestehe kein Unterschied zwischen Sozialistengesetz und Republikbeschuges. Satz von Bismarck und Bismarck werde dieses Klaffengesetz nur von Müller und Seering vorgelegt.

Abg. Dr. Cverling (Dm.) wirft der Linken vor, daß sie aus Bag gegen eine Verhandlung handle, die größer war als die Gegenpartei. Bei den anderen Parteien sei Konsolidation gebunden und Rang an Entschluß für ihre Haltung maßgebend.

Abg. Stühr (Nat.-Soz.) bekennt sich zum Gesetz. Was seine Partei hoffe und befinde, seien die Auswüchse des jetzigen Systems.

Abg. Stähler (Komm.) gibt für seine Fraktion eine Erklärung ab, wonach die kommunistische Partei diesem Ausnahmengesetz zum Trotz die Deutsche Sowjetrepublik erkämpfen würde.

Damit schließt die Aussprache. — Die Abstimmungen finden am Dienstag statt.
Die Novelle zum Schenkengesetz und zum Wechselgesetz, deren Zweck es vor allem ist, der mitfränkischen Vorbildung von Schenk entgegenzutreten, wird in zweiter und dritter Beratung angenommen, ebenso der Gesetzentwurf über die Pflicht zum Eintrag auf Eröffnung des Kontokorrentes oder des gerichtlichen Vergleichsverfahrens.
Das Haus verlegt sich auf Montag.

Die Landarbeitervohnungen.

Deutscher Reichstag.

(144. Sitzung.) OB. Berlin, 17. März.
Ohne Aussprache wird in dritter Beratung

das Ministervertragsgesetz angenommen.

Die Ruberente, die einem Minister gebührt werden soll, wenn er bei Ausübung seines Amtes eine Geschäftsführung erlitten hat, wird auf Antrag der Regierungsparteien auf 20 Prozent der Ministerbezüge festgelegt. Gegen besondere Verhältnisse vor, kann die Ruberente auf 35 Prozent erhöht werden. Der Reichstag soll ausgeschlossen sein. Weiterhin entscheidet der Reichspräsident auf Vorschlag der Regierung, ob die Ruberente zu gewähren ist und inwieweit eine Erhöhung Platzfinden hat. Eine Entscheidung des Ausschusses verlangt, daß zurückgetretene Minister, die aus der Beamtenliste hervorgegangen sind, nach Möglichkeit wieder in geeignete Reichsbeamtenstellen gebracht werden sollen. Diese Entscheidung wird angenommen. Die Schlussabstimmung über das Ministervertragsgesetz findet Dienstag statt.

Der Gesetzentwurf über die Gewährung von Zins- und Tilgungszuschüssen des Reiches für die

Anfischung von Landarbeitern kommt dann zur zweiten und dritten Beratung. Der Vorlage wurde von Ausschuss zugestimmt. Der Ausschuss schlägt weiter vor, die Tilgungszuschüsse für Darlehen für Landarbeitervohnungen allgemein auf 5 Jahre festzusetzen. Der Landarbeitervohnungsbau soll nach allen Kräften gefördert werden.

Abg. Jäger (Soz.) sagt, bei der Landarbeiterversicherung abtrotzte Mängel vorhanden, denn die Arbeiter sind nicht

der eine Seite der Leistung

der Leistung

der Leistung

der Leistung

der Leistung

der Leistung

der Leistung

der Leistung

der Leistung

der Leistung

der Leistung

der Leistung

der Leistung